

Ihr hören die Basler Behörden zu

Engagierte Mutter Ein tödlich verunfallter Primarschüler, ein halbes Jahr und seitenweise Akten: So kämpft Sandra Staudacher für einen sicheren Schulweg im St.-Johanns-Quartier.

Tanja Opiasa

Als Sandra Staudacher im Frühling 2023 die Zusage für eine der Familienwohnungen im «hippen» Basler Weinlager erhält, scheint alles zu passen. Die heute 39-Jährige hat in Basel und Boston studiert, Jahre zum Forschen im Ausland verbracht und musste zuvor nach nur zwei Jahren aus dem Mietshaus auf dem Bruderholz ausziehen. In Volta Nord, einem der Basler Industrieviertel, die zu Wohnquartieren «umfunktioniert» wurden, findet die vierköpfige Familie ein neues Zuhause.

Vieles täuscht zunächst darüber hinweg, dass bei der Planung die Menschen, die in dieses Viertel einziehen sollten, vergessen gingen. Beispielsweise fehlt der Platz zum Spielen für die Kinder, und der Schulweg ist gefährlich.

Am 28. Juni 2024 trifft ein, was die zweifache Mutter seit der Einschulung ihres Sohnes am meisten fürchtete: Ein Primarschüler wird an der Ecke Elsässerstrasse von einem Lastwagen überrollt. Doppelt tragisch: Staudacher hatte die Stadt mehrfach auf das Sicherheitsmanko hingewiesen.

Stunden nach dem Unfall die emotionale E-Mail

Beim Unfallopfer handelt es sich um den 11-jährigen Fussballkameraden ihres Sohnes. Es ist der letzte Schultag vor den Sommerferien, und Sandra Staudacher erhält im Büro Nachrichten aufgelöster Nachbarn.

Sie reagiert sofort. Die 39-jährige informiert die Basler Medien, noch bevor eine Polizeimeldung rausgeht. Um Mitternacht, zwölf Stunden nach dem Unfall, schreibt sie eine zwei Seiten lange E-Mail an Esther Keller (sie liegt dieser Redaktion vor). Es ist nicht ihr erster Kontaktversuch. Bereits im Oktober 2023 hat sie sich an die Regierungsrätin gewandt und vor der ungelösten Schulwegsituation vor dem Schulhaus Lysbüchel gewarnt. Umso emotionaler sind die Worte, die sie in der durchwachten Nacht wählt.

«Leider ist ja nun eingetroffen, was wir befürchtet hatten, und ein Kind wurde auf dem Schulweg vor seiner Mutter und seiner Schwester von einem LKW überfahren», heisst es in Stau-

dachers Schreiben. «Ich verspüre Trauer und Wut, dass die Situation an dieser Kreuzung seitens der Stadt nie angegangen wurde.» Es hätte genügt, den Menschen aus dem Quartier zuzuhören, schreibt Staudacher, die selbst nicht wisse, wohin mit ihrer Ohnmacht.

In den Wochen und Monaten nach dem Schreiben an Esther Keller beweist sie das Gegenteil: Sie wird sozusagen zur «Frontfrau» des Nachbarschaftswiderstands, der sich formiert. Zur Stimme des migrationsreichen Quartiers, das mit 42,9 Prozent Ausländeranteil etwas über dem kantonalen Schnitt liegt. Auch die Familie des Opfers hat Migrationshintergrund. Staudacher, die in Basel Sozialanthropologie und Rechtswissenschaften studiert hat und zur Partizipation im Langzeitpflegesektor forscht, weiss, an welche Stellen sie sich wenden muss – und in welchem Ton. Sie ist freundlich, aber bestimmt. Eine Wutbürgerin – das ist sie nicht.

Sie kontaktiert die Bauleitungen, das Stadtteilksekretariat, das Kinderbüro. Staudacher holt Politikerinnen wie Anina Ineichen (Grüne) ins Boot, schreibt Ämter an. «Ich habe mich nicht abwimmeln oder abschrecken lassen», sagt sie.

Ihr ist aber auch bewusst, dass sie dank ihrem Hintergrund als Akademikerin für ihr Vorhaben privilegiert sein dürfte: «Viele betroffene Eltern wollten sich engagieren, dachten aber, dass sie nicht über die nötigen Fähigkeiten verfügen.» Diese Bedürfnisse miteinzubeziehen, sei ihr ein Anliegen.

Die Petition, die vieles ins Rollen brachte

Eine Woche nach dem Unfall steht Staudacher mit 20 Kindern vor dem Basler Rathaus und reicht eine Petition für mehr Schulwegsicherheit ein. Gemeinsam mit befreundeten Eltern und Quartierbewohnern hat sie über 500 Unterschriften gesammelt. Sie wirkt mitgenommen. Stoisch gibt sie den Medien Auskunft, während sie die Kinder ins Tram begleitet – die Mehrheit ist für die Tagesferien angemeldet. Auch ihr Sohn, der schon vor dem Unfall Unterschriften für seinen Schulweg gesammelt hat.



Wohnt im Weinlager im St. Johann: Sandra Staudacher. Foto: Nicole Pont

«Er soll spüren, dass man etwas bewirken kann», sagt seine Mutter, die einwilligt, ihn vor der Kamera sprechen zu lassen.

In den Vordergrund drängen will sie sich nicht. Bei einem früheren BaZ-Artikel merkt sie an, dass sie nicht als «Soloakt» erscheinen wolle. Zum Porträt willigt sie schliesslich ein, weil es der Sache dienlich ist. Sie selbst sieht ihr Engagement als Selbstverständlichkeit, einen «Akt der Verzweiflung».

Staudacher selbst ist 100 Prozent erwerbstätig und zweifache

Mutter. «Manche Leute denken, dass man sich nur engagieren kann, wenn man wenig arbeitet.» Es brauche aber schon einen langen Atem, gibt sie zu. Ihr Engagement habe auch ihr Privatleben beeinflusst. Bei Staudachers gibt es in den Wochen nach dem Unfall kaum ein anderes Thema zu Hause: «Selbst in der Waschküche sprechen mich Nachbarn auf ihre Anliegen an.» Und die sind neben der Schulwegsicherheit auch die fehlenden Grünflächen und Spielmöglichkeiten im Quartier.

Leider werde das Lysbüchelquartier immer noch wie eine Industriezone behandelt.

Wir treffen Sandra Staudacher im November in ihrer Wohnung. Sie lächelt wieder mehr. «Wir wohnen nach wie vor gern hier.» An eine Blumenvase angelehnt steht ein Bild der Primarklasse ihres Sohnes. Jedes Kind hat eine Sonnenblume in der Hand. «Das war am ersten Schultag», sagt Staudacher und schweigt.

In den Sommerferien ist die Familie zwar verreist, sie aber bleibt am Ball. «Ich bin langsam

erschöpft», gibt ein befreundeter Vater später im Café Claire zu. Staudacher hat eingeladen, will die Anliegen der Eltern einholen.

Esther Kellers Antwort

Anfang August sind erste Erfolge zu verzeichnen. Regierungsrätin Esther Keller antwortet Staudacher auf die Mail vom Juli und informiert über die Massnahmen, «die der Kanton an die Hand genommen hat». Bereits im Juli wurde das Konfliktgrün an der Kreuzung Hünigerstrasse/Elsässerstrasse abgeschaltet, die Weinlagerstrasse gilt neuerdings als Allmend, und man hat diverse «Achtung, Kinder»-Markierungen angebracht. Die Tempo-30-Einführung wird herausgezögert. Staudacher wirkt enttäuscht.

Im September laden das Stadtteilksekretariat und das Kinderbüro zum ersten «Quartiergrill» ein. Weitere sollen folgen. Staudacher und Mitpetent Henning Weiss stellen ihre Petition vor der Petitionskommission des Grossen Rats vor. Thomas Weiss, der Vertreter des Baudepartements, soll in einem «Moment der Einsicht» zugegeben haben, dass «die Kinder in den Planungsdetails der Grossbaustelle tatsächlich vergessen gingen», schreibt sie dieser Redaktion danach. Ihr Kampfgeist, er ist ungebrochen.

Ein paar Wochen später wird der Bericht der Petitionskommission veröffentlicht. Diese stimmt sämtlichen Petitionsanliegen zu. Staudacher klingt das erste Mal optimistisch. Manchmal denke man, die ganze Mühe, aus der Bevölkerung heraus etwas verändern zu wollen, lohne sich nicht. «Ich bin aber hier von den politischen Prozessen und den Bemühungen aller Beteiligten der Petitionskommission beeindruckt.»

Mitte Dezember 2024 findet eine Quartiersprechstunde mit Vertretern der Kantons- und Stadtentwicklung sowie des Justiz- und Sicherheitsdepartements statt. «Es bewegt sich langsam etwas», so Staudacher, und weiter: «Seit heute gibt es Infotafeln!» Ein Meilenstein.

Am Mittwoch, 11. Dezember, (18.30 Uhr) findet im Igelsaal an der Strassburgerallee eine Quartiersprechstunde zur Schulwegsicherheit statt.